

Mehr Geld für Politiker?

Lüneburg macht es vor: Mandatsträger nutzen ihr Amt als Selbstbedienungsladen / Auch in Winsen?

thl. Winsen. Der neue Rat der Stadt Lüneburg hat gerade eine satte Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Kommunalpolitiker beschlossen. Auch in Winsen könnte das ein Thema werden, wenn sich das Gremium ab Januar mit der Aufstellung einer neuen Geschäftsordnung befasst, die u.a. die Höhe der Aufwandsentschädigungen regelt.

Nutzen Winsens Politiker ihr Mandat zur dreisten Selbstbedienung? Das WOCHENBLATT fragte bei den Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat nach.



André Bock (CDU)

„Das war bisher kein Thema und wird es wohl auch nicht werden“, sagt André Bock (CDU). Die jetzigen Zahlungen (siehe Kasten) seien auskömmlich. Auch wenn in Winsen im Gegensatz zu anderen Kommunen kein Geld für Fraktions-sitzungen gezahlt wird.



Dirk Oertzen (SPD)

„Eine Erhöhung sehe ich derzeit nicht, denn die Politik bleibt eine ehrenamtliche Tätigkeit“, meint Dirk Oertzen (SPD). Er hatte in der vergangenen Legislaturperiode sogar die Streichung der Internetpauschale gefordert, war aber

gescheitert.

● Gescheitert war seinerzeit auch

Tobias Müller (Winsener Liste) mit seinem Antrag, die Aufwandsentschädigung auszu-

zusetzen, bis der städtische Haushalt wieder ausgeglichen ist. Dazu steht er noch heute. „Eine Erhöhung passt nicht in den heutigen Zeitgeist“, sagt er.

● Kein Thema ist eine mögliche Erhöhung auch bei den Freien Winsenern. „Wir üben das Amt zum Wohle der Bürger aus

und nicht, um uns die eigenen Taschen voll zu stopfen“, sagt Andreas Waldau. Das Geld solle man lieber in Schulen oder Kindergärten stecken, da sei es sinnvoller angelegt.



Andreas Waldau (Freie Winsener)

● Lediglich Bernd Meyer (Gruppe Grüne/Linke) hat keine Meinung zu dem Thema: „Ich habe mich noch nicht damit beschäftigt, will das erst einmal in der Fraktion besprechen.“ Auf jeden Fall sollte die Zahlung aber dem Aufwand angemessen sein.



Bernd Meyer (Grüne/Linke)

Soviel Geld wird den Politikern gezahlt

thl. Winsen. Die Höhe der Aufwandsentschädigung richtet sich nach einer Satzung von 1991, die zuletzt im Dezember 2004 geändert wurde.

- Ratsherren und Ratsfrauen erhalten monatlich einen Pauschalbetrag von 100 Euro sowie ein Sitzungsgeld von 10 Euro je Sitzung. Daneben kann Verdienstausfall mit 10 Euro pro Stunde geltend gemacht werden
- Fraktions- und Gruppenvorsitzende erhalten zusätzlich 170 Euro pro Monat
- Ebenfalls 170 Euro bekommt der erste stellv. Bürgermeister
- Der zweite stellv. Bürgermeister erhält 100 Euro
- Jedes Ratsmitglied bekommt zusätzlich pro Monat eine Internet- und Druckkostenpauschale in Höhe von 25 Euro
- Übt ein Ratsherr oder eine Ratsfrau mehrere Ämter aus, so wird nur jeweils eine, und zwar die höhere Aufwandsentschädigung gezahlt